



Grüne Ratsfraktion, Jahnplatz 1, 50171 Kolpingstadt Kerpen

Herrn Bürgermeister
Thomas Jurczyk

im Hause

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Im Rat der Kolpingstadt Kerpen
Jahnplatz 1
50171 Kerpen
Tel.: 02237/58394
Fax: 02237/58121
b90-gruene@stadt-kerpen.de
www.gruene-kerpen.de
Bürozeiten Mo-Do: 9:00-12:00

24. März 2026

**Haushaltsantrag für den Haupt-, Finanz- und Feuerschutzausschuss am 21.04.2026 und der üblichen Haushaltsberatungsfolge
hier: Streichung des Budgets für externe Rechtsberatung**

Sehr geehrte Herr Bürgermeister,

hiermit wird beantragt, das im Haushalt veranschlagte Budget in Höhe von 240.100,00€ für externe Rechtsberatung zu streichen.

Begründung

Im Rechtsamt wurde kürzlich eine zusätzliche Stelle geschaffen und genehmigt, mit dem ausdrücklichen Ziel, die vorhandenen Juristinnen und Juristen zu entlasten und die interne Rechtskompetenz zu stärken. Durch diese personelle Aufstockung stehen nun ausreichend Ressourcen zur Verfügung, um einen deutlich größeren Anteil der anfallenden rechtlichen Fragestellungen eigenständig zu bearbeiten.

In einer Verwaltung mit derzeit fünf Volljuristinnen und Volljuristen sollten insbesondere folgende Rechtsgebiete zum regelmäßigen Aufgabenbereich („tägliches Brot“) gehören:

- Arbeitsrecht (inkl. Personalvertretungsrecht)
- Allgemeines Verwaltungsrecht und besonderes Verwaltungsrecht
- Kommunalrecht
- Tarifvertragsrecht
- Vergaberecht
- Forderungsmanagement / Vollstreckungsrecht
- Ordnungsrecht
- Datenschutzrecht
- Vertragsrecht (insbesondere öffentlich-rechtliche und zivilrechtliche Verträge der Kommune)

Sollte in diesen Kernbereichen dennoch ein erhöhter externer Beratungsbedarf bestehen, ist zu prüfen, ob die hierfür vorgesehenen Haushaltsmittel nicht nachhaltiger in den Ausbau der internen Kompetenzen investiert werden können. Insbesondere bieten sich an:

- gezielte Fort- und Weiterbildungen
- Fachanwaltslehrgänge
- Spezialisierte Schulungen und Zertifizierungen

Eine solche Investition stärkt langfristig die Eigenständigkeit der Verwaltung, reduziert Abhängigkeiten von externen Kanzleien und führt zu einer effizienteren Mittelverwendung.

Für besondere Anlässe sowie hochspezialisierte und selten auftretende Rechtsgebiete – beispielsweise:

- Bergbaurecht
- Umwelt- und Immissionsschutzrecht
- Beihilferecht (EU)
- Energierecht
- Planfeststellungsrecht bei Großprojekten
- IT- und Vergaberecht bei komplexen Digitalisierungsprojekten
- Steuerrecht mit besonderer kommunaler Relevanz

soll weiterhin die Möglichkeit bestehen, externe Rechtsgutachten oder Beratungen einzuholen. Diese Fälle sind jedoch regelmäßig nicht so eilbedürftig, dass sie nicht im Einzelfall durch gesonderte Beschlüsse des Rates oder zuständiger Gremien genehmigt werden könnten. Durch diese Vorgehensweise wird eine zielgerichtete und transparente Mittelverwendung sichergestellt. Gleichzeitig trägt die Streichung des laufenden Budgets für externe Rechtsberatung zur teilweisen Refinanzierung der neu geschaffenen Stelle im Rechtsamt bei.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Annika Effertz
(Co-Fraktionsvorsitzende)

gez. Ruth Donner
(Co-Fraktionsvorsitzende)

Für die Richtigkeit



Dorine Dickneite
(Fraktionsmitarbeiterin)